

Nr. 17 (XXXI) Probleme im Zusammenhang mit der
Auslieferung von Flüchtlingen¹

Das Exekutiv-Komitee

- a) *war der Auffassung*, dass Fälle, in denen die Auslieferung eines Flüchtlings oder einer Person beantragt wird, die die Flüchtlingseigenschaft haben könnte, besondere Probleme mit sich bringen könnte;
- b) *betonte* noch einmal den grundlegenden Charakter des allgemein anerkannten Prinzips des *non-refoulement*²;
- c) *bestätigte*, dass Flüchtlinge davor geschützt werden sollten, in ein Land ausgeliefert zu werden, in dem sie aus Gründen, wie sie in Artikel I (A) (2) des Abkommens von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge aufgeführt sind, Verfolgung zu befürchten haben;
- d) *ersuchte* die Staaten sicherzustellen, dass das Prinzip des *non-refoulement* in Auslieferungsanträgen und, soweit angezeigt, in der staatlichen Gesetzgebung zu diesem Bereich in angemessener Form berücksichtigt wird;
- e) *gab der Hoffnung Ausdruck*, dass bei der Anwendung von bereits bestehenden Auslieferungsanträgen das Prinzip des *non-refoulement* in angemessener Weise respektiert wird;
- f) *betonte*, dass keiner dieser Grundsätze als eine Beeinträchtigung der Notwendigkeit angesehen werden sollte, dass Staaten auf der Grundlage staatlicher Gesetzgebung und internationaler Abkommen die Bestrafung schwerer Verbrechen, wie Flugzeugentführung, Geiselnahme und Mord, sicherstellen;

¹ Dokument Nr. 12 A (A/35/12/Add.1)

² Siehe Seite 14

g) *betonte*, dass Schutz vor Auslieferung solchen Personen gewährt wird, die die Kriterien der Flüchtlingsdefinition erfüllen und die nicht kraft Artikel 1 (F) (b) des Abkommens der Vereinten Nationen von 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom Flüchtlingsstatus ausgeschlossen sind.